

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Bad Ems, Donnerstag, den 18. September 1919

71 Jahrgang

Preise der Anzeigen:

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Kleinzeile 90 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:

Bad Ems, Adm.-Str. 96.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Max Rein, Bad Ems

Telephonische Nachrichten.

d'Annunzio Streich in Fiume.

Bern, 17. Sept. Ritti richtete gestern an die Station eine ernste Warnung, wie es die Schiedsgerichte hin, die das Unternehmen d'Annunzio künden könnte und erklärte, daß der furchtbare Krieg der Gemütern eine tiefgehende Verwirrung angerichtet

Abstimmung der Schweizer Sozialisten.

Bern, 18. Sept. Die Abstimmung der Sozialisten den Eintritt in die 3. Internationale ist beendet. Von 1000 Mitgliedern, die der Partei angehören, haben 880 für den Eintritt teilgenommen, wovon 13975 für und 880 für den Eintritt sich ausgesprochen haben. Es ist also mit einer Mehrheit von 5995 Stimmen

Stadtbrand.

Berlin, 18. Sept. In Christiania brach gestern Feuer aus, das nach Meldungen verschiedener Blätter das größte in der Geschichte der norwegischen Hauptstadt gewesen ist. Die Feuerwehr hatte gegenüber dem Feuer einen schweren Stand, u. a. waren die Fleischhalle, das Viehmarktes und die Großschlachtereien be-

Die Norweger und der internationale Studentenkongreß.

Berlin, 17. Sept. Aus Christiania wird der Kongreß gemeldet, daß die dortige Studentenschaft die Einladung zur Teilnahme an dem zu Straßburg anberaumten Zusammenkunft der alliierten und neutralen Studenten ablehnte, unter Hinweis darauf, daß es widerwärtig wäre, an einer internationalen Zusammenkunft teilzunehmen, wozu die deutschen Studenten keine Einladung erhalten.

Bürgerlicher Sieg in Weimar.

Berlin, 18. Sept. Nach dem „Berl. Lok.-Anz.“ haben bei den Bezirks-Ausschuss-Wahlen in Weimar der bürgerliche Bauernbund (Deutschnationale Volkspartei und der Landwirte) 24 Sitze, die Demokraten 4, die Sozialdemokraten 15, die unabhängigen Sozialdemokraten 3 und Zentrum 3 Sitze.

Polnischer Angriff in Posen.

Berlin, 18. Sept. Am 9. Sept. morgens griffen Polen unter Bruch des Waffenstillstandes den Bahnhof an der Straße Trichtel-Birnbaum an. Wie die Vernehmungen der überlebenden Leute der von den Polen ergriffenen Feldwache auf dem Bahnhof hervor- gehen, die Polen einen auf Posten stehenden Musketier leicht verwundet. Als die Polen zurückgehen mußten, ließen sie den Verwundeten mitgenommen und 400 Meter von dem Bahnhof niedergebrosen, beraubt und auf nächste Nacht durch Schießschuß getötet.

Maßnahmen gegen die Not der Rheinlande.

Berlin, 17. Sept. Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung über die im besetzten rheinischen Gebiet durch die Einquartierung der Besatzungstruppen verursachten außerordentlichen Wohnungsnot statt. An der Besprechung nahmen die sämtlichen beteiligten Reichs- und Provinzialbehörden, die Provinzialbehörden und die Kreisverwaltungen der meistbetroffenen Städte teil. Es wurde festgestellt, daß die berechtigten Interessen der dortigen Bevölkerung durch die Reichsleitung Rechnung getragen werden müsse. Die Reichsbehörden sicherten Maßnahmen zur Bekämpfung der Notstände zu.

Zentrum u. die deutsche Gliedstaatenbildung.

Das Rheinische Zentrum hielt in Köln seinen Parteitag. Den Höhepunkt bildete die Erörterung der Rhein- landfrage. In einer mehrstündigen Aussprache kamen, der Tagesordnung zufolge, alle jene Strömungen ergiebig zum Ausdruck, die in jüngster Zeit sich zeigten. Alle Redner waren dem Bestreben geleitet, einen Einigungsboden zu finden. Diese Einigung wurde gefunden. Eine Kommission, die alle Kreise und Klassen umfaßt, nahm einstimmig die Entschließung an, der der Parteitag mit allen seinen Zweigen zustimmte. Die Rheinlandfrage ist eine außer- und innerpolitische Entwicklung der Zeit, insbesondere auch durch das Verfassungs- und Staatsrecht der Deutschen Nationalversammlung im Reichstag in den Novembertagen 1918 auf einen völlig neuen Boden gestellt. Der zur Gesundung unserer politi- schen Verhältnisse und für den wirtschaftlichen Aufbau des Vaterlandes notwendige Übergang wesentlicher Funktionen der Reichsregierung an das Reich, die damit be- zogene und in anhaltendem Fortschritt begriffene Ent- wicklung zum deutschen Einheitsstaat entleidet die Bun- desstruktur des Reiches einen großen Teil ihrer bisherigen Bedeutung und damit den Bestrebungen auf Errichtung eines deutschen Bundesstaates eine erneute Klärung ihrer Grund-

lagen und Ziele nahe. Dieser veränderten Sachlage Rechnung tragend, stellt der in Köln versammelte Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei für die Behandlung der Rhein- landfrage folgende Leitsätze auf:

1. Die Verwirklichung der rheinischen Selbstständigkeits- wünsche im Rahmen des Deutschen Reiches soll nur im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Rei- ches unter dem Gesichtspunkt des gesamtdeutschen In- teresses und auf dem durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Wege geschehen.

2. Das Endziel der auf die territoriale Neugliederung unseres Vaterlandes gerichteten Bestrebungen soll die Schaf- fung eines organischen deutschen Einheitsstaates mit autonomen Stammelementen sein, wobei die bisherigen Bun- desstaaten aufgeteilt bzw. zusammengelegt werden und ins- besondere Preußen seine Vormachtstellung aufgibt. Es sol- len gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder (Selbstverwaltungskörper) gebildet werden, die tunlichst auf der Grundlage der Stammesgemeinschaft und im Sinne wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistung geschaffen und mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet werden.

3. Für den Fall, daß die Verwirklichung des Einheits- staates im Sinne der Punkte 1 und 2 dieser Entschließung aussichtslos wird, können die Bestrebungen auf Bildung neuer Bundesstaaten nach Art. 18 der Verfassung wieder aufgenommen werden.

4. Die deutsche Reichsverfassung und ihre auf die territoriale Neugliederung Deutschlands bezügliche Bestim- mungen erkennen wir rückhaltlos an. Wir erwarten jedoch, daß Regierung und Volksvertretung die in Art. 167 vorge- sehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrechterhalten wird, falls nationale Notwendigkeiten und rheinische Le- bensinteressen in Zukunft die sofortige Beseitigung erfordern sollten.

5. Für die Zwischenzeit fordern wir für die preussischen Provinzen weitgehende Autonomie. Die von Preußen in Aussicht gestellte Scheinautonomie kann dem rheinischen Volke in keiner Weise genügen.

6. Wer sich an Bestrebungen beteiligt, die offen oder versteckt auf eine Loslösung vom Reiche hinstreben, schädigt die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen In- teressen der rheinischen Bevölkerung und stellt sich außer- halb der deutschen Zentrumspartei.

7. Der Parteitag fordert die Reichsregierung auf, den inneren Umbau des Reiches im vorgedachten Sinne so rasch als möglich vorzunehmen.

Die neuen Reichsteuergesetze.

Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 wird nunmehr im Reichsanzeiger veröffentlicht und hat damit Gesetzeskraft erlangt. Es sieht bekanntlich eine Abgabe von Mehreinkommen, abgestuft nach der Höhe des Einkommens, vor. Gleichzeitig veröffentlicht der Reichs- anzeiger das Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermö- gen zu wach, ebenso wird im Reichsanzeiger das Ge- setz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September veröffentlicht. Es sind dies die ersten 16 Paragraphen der Erzbergerischen Reichsabgabenordnung, welche die Na- tionalversammlung bereits in Kraft gesetzt hat; die übrigen Paragraphen sind noch zurückgestellt worden. Aus dem Inhalt der hauptsächlichsten Paragraphen sei folgendes mit- geteilt: Es wird jetzt bestimmt, daß die Reichsteuern von Reichsbehörden verwaltet werden, und daß die oberste Leitung dem Reichsfinanzminister zusteht. Im neuen Ge- setz werden die Grundlagen geschaffen für die Landes- finanzämter. Es handelt sich hierbei um Einrich- tungen, die für zwei Drittel des Reiches neu sind. Der- artige Finanzämter haben in der Hauptsache die süddeut- schen Staaten, also vor allem Württemberg und Bayern, gehabt. Sie lehnen sich in ihrem ganzen Aufbau eng an die bestehenden bundesstaatlichen Einrichtungen an. Diese Lan- desfinanzämter haben die oberste Leitung der Finanzver- waltung für ihren Bezirk. Sie überwachen die Gleichmä- ßigkeit der Gesetzesanwendung und beaufsichtigen die Ge- schäftsführung der Finanzämter. Ihnen sind die neu ge- schaffenen Finanzgerichte angegliedert, über deren Zusammenfassung in dem Gesetz genaue Angaben gemacht werden. Den Landesfinanzämtern nachgeordnet sind die Finanzämter, die den Unterbau der neuen Reichsfi- nanzverwaltung bilden. Für die Einkommen- und Vermö- genssteuern mit Ausschluß der Erbschaftsteuern werden bei den Finanzämtern Ausschüsse gebildet, die bei der Verwaltung mitzubewirken haben. Die oberste Spruchbehörde bleibt der Reichsfinanzhof, der bereits vorher be- stand und seinen Sitz in München hat. Die Verhältnisse des Reichsfinanzhofes werden durch das neue Gesetz be- stimmt. Der fünfte Abschnitt des neuen Gesetzes regelt die Ausschließung oder die Wahrung von Beamten. Das Ge- setz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft. Die Vorbereitun- gen für die Finanzämter und Landesfinanzämter sind bereits getroffen und zahlreiche Beamten hierfür in Aussicht ge- nommen.

Aus den jetzt bekanntgegebenen Ausführungsbestim- mungen zu dem Gesetz vom 8. September 1919 gegen die Kapitalflucht sei hervorgehoben, daß auf Grund des Paragraphen 2, Absatz 4 des Gesetzes gestattet wird, auf Reichs- oder ausländische Währung lautende Zahlungsmittel ohne Vermittlung einer Bank innerhalb eines Kalender- tages im Gesamtbetrag von höchstens 1000 Mark, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamt- betrag von 3000 Mark hinaus in das Ausland zu überbrin- gen oder zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma, zu übersenden oder versenden zu lassen. Die Ermittlung des Wertes von Beträgen in ausländischer Währung erfolgt gemäß Paragraph 2 der Ausführungsbe- stimmungen zum Wechselstempelgesetz.

Ein Abkommen mit der Entente wegen Oberschlesiens.

Die Internationale Militärmission bestehend aus den Chefs der Berliner militärischen Missionen von Frankreich, England und Italien, hat nach ihrer Rückkehr von einer mehrtägigen Vereifung Oberschlesiens, der Reichsregierung eine vorläufige Aufzeichnung über ihre Auffassung der Lage zukommen lassen, ihre Vermittlung zur Herbeiführung fried- licher Verhältnisse angeboten und gleichzeitig einige Vor- schläge gemacht. Die Kommission hält eine Mitverantwortung der nationalpolnischen Agitation von jenseits der Grenze für den Ausbruch der Unruhen als gegeben und eine Reihe von Maßnahmen der polnischen Seite für erforderlich. Hierher gehören vor allem die Rückfüh- rung der nach Oberschlesien beförderten Freiwilligen, die Schließung der Werbestellen im polnischen, die übrigens als am 6. September bereits erfolgt angenommen ist, die Ein- stellung aller Grenzübergänge, die Verhütung der Presse- und zugleich das Unterlassen jeder Förderung der geheimen Heeresorganisation. Nach Ansicht der Kommission müssen die Polen in Ruhe die Befestigung von Oberschlesien durch die französischen Truppen in Vollziehung des Friedensvertrages abwarten.

Die Vorschläge an die deutsche Regierung be- treffen eine allgemeine Amnestie für alle Personen, die sich nicht gemeiner Verbrechen und Vergehen schuldig ge- macht haben, vor allem aber die Rückkehrerlaubnis für alle Flüchtlinge, die in der Zahl von mehreren Tausend das Auslandsgebiet verlassen haben und die nunmehr ins- gesamt zu ihren Werkstätten und zu ihrer Arbeit zurück- kehren sollten, außerdem empfiehlt die Kommission, daß gegenüber der Bevölkerung Ausschreitungen unbedingt ver- mieden werden.

Die Reichsregierung im Benehmen mit der preu- ßischen Regierung hat die Vorschläge der Kommission sofort in Erwägung gezogen und im wesentlichen zu stützen beabsichtigt. Da, wie die Kommission besonders hervorhebt, die deutschen Truppen Disziplin halten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bevölkerung gegen Übergriffe ge- sichert ist. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, eine allgemeine öffentliche Ankündigung an die Flüchtlinge zur Rückkehr nach Deutschland zu erlassen, wenn über das Schicksal der sämtlichen aus Anlaß des Ausstandes Ver- schleppten, von denen augenblicklich noch 13 vermist werden, Klarheit geschaffen werde. Die Kommission hat dar- auf die Gewähr übernommen, daß die Ermittlungen ohne Verzug und in der wirksamsten Weise eingeleitet wer- den. Sie hat sich telegraphisch an die Warschauer Regier- ung gewandt und einen eigenen Offizier an Ort und Stelle abgeordnet. Die Frage der allgemeinen Amnestie hat seiner- zeit bereits den Gegenstand deutsch-polnischer Ver- handlungen gebildet, die bekanntlich von den Polen abge- brochen worden sind. Sollten sie wieder aufgenommen wer- den, so wird diese Frage wohl zum Abschluß kommen. Natürlich muß sich die deutsche Regierung bei allen ihren Erwägungen von dem Grundsatz leiten lassen, daß die dauernde Beruhigung von Oberschlesien erreicht und ge- sichert wird.

Wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, laufen aus verschiedenen Grenzorten, insbesondere aus Petro- witz, Nachrichten ein, nach denen in den nächsten Tagen mit einem polnischen Angriff zu rechnen ist. Zwischen Petrowitz-Weichstadt sind erhebliche polnische Verstärkun- gen im Anrücken. Die im Schloß Gorschütz zurückgeblie- benen Mitglieder der Entente-Kommission besuchen häufig die Grenzorte und informieren sich eingehend über die Verhältnisse der Bevölkerung und ihre Haltung. Auch wird das Augenmerk darauf gerichtet, ob diese Grenzwachposten mit irgend welchen spartakistischen Antrieben in Ver- bindung stehen. Von der Grenze des Abnitzer Kreises wird berichtet, daß die geflüchteten ober-schlesischen Aufständischen in die Gegend Tschentschau und Kraus abtransportiert wurden.

Ill. Breslau, 16. Sept. Wie aus der Umgebung des Staatskommissars Hering verlautet, trägt sich dieser mit Rücktrittsgedanken. Schon in den letzten Woche hat Hering das ober-schlesische Gebiet kaum betreten. Die Ab- stimmung gegen sein System hat sich weiter ausgebreitet.

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Für die Lösung Nordschleswigs teilte der dänische Minister für Schleswig Hansen in einer Aufsichtsratsitzung des nordschleswigschen Wählervereins mit, daß die Verbandsmächte den Widerspruch der dänischen Regierung gegen den Verkauf deutschen Staats-eigentums in Schleswig anerkannt hätten. Der Aufsichtsrat nahm folgenden Beschlus an: Der Wählerverein bittet hierdurch die internationale Kommission und die dänische Regierung, sofort nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in der ersten Zone dieses Gebiet durch dänische Militär- und Verwaltungsbehörden zu besetzen und gleichzeitig die Zollgrenze nach Süden verlegen zu lassen. Für die Bevölkerung würde viel gewonnen werden, wenn die Uebergangszeit auf diese Weise vielleicht um Monate verkürzt wird. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß der Personenverkehr zwischen der ersten und der zweiten Zone die ganze Abstimmungszeit hindurch in vollem Umfange aufrechterhalten wird.

Die besetzten Gebiete.

Alle Jagdverpachtungen im besetzten Gebiet die nach dem 11. November 1918 vorgenommen wurden, werden durch eine solchen bekanntgegebene Verordnung des Oberbefehlshabers der 10. Armee für null und nichtig erklärt, wenn es sich dabei um Jagden handelt, die vor dem 11. November nicht verpachtet und Eigentum des Großherzoglichen Hauses oder einer anderen bisher in Deutschland regierenden Familie oder Staatseigentümer waren, ferner bei solchen Jagden, die vorher (11. November 1918) an das Großh. Haus oder an eine andere bisher in Deutschland regierende Familie oder auch an Jagdgesellschaften verpachtet waren, die ausschließlich aus deutschen Offizieren bestanden. Auf allen diesen Jagden haben Jagdgesellschaften, die aus französischen Offizieren gebildet sind, das Jagdrecht. Weiterhin wurde verfügt, daß die französischen Offiziere das Recht haben, sich an deutschen Jagdgesellschaften zu beteiligen, wenn sie sich deren Satzungen unterwerfen. Desgleichen können diese Offiziere überall das Jagdrecht erwerben, was dieses zur Vergebung kommt. Zukünftig sollen daher keine Neuverpachtungen mehr vorgenommen werden, ohne daß 1 Monat vorher der französische Administrator vom Termin, von der Größe der Jagd, vom Preis und der Lage derselben und von den sonstigen Versteigerungsbedingungen unter Beifügung einer Kartenskizze in Kenntnis gesetzt ist.

Deutschland.

Der Ältestenrat der Landesversammlung ist vom Präsidenten zum 18. d. M. einberufen worden, um den Arbeitsplan festzusetzen. Auf Wunsch der Regierung werden in erster Linie die Eisenbahntarifvorlage und die Teuerungszulagen für die Beamten verabschiedet werden. Die Beratung des Haushalts soll möglichst beschleunigt werden, um bis Ende Oktober hiermit fertigzuwerden. Die vorliegenden Anträge und Anfragen werden bei der Haushaltsberatung mitbesprochen werden. Die Autonomievorlage für Oberschlesien wird in den nächsten Tagen erwartet und soll ebenfalls sofort verabschiedet werden.

Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung für das Gesetz über die Erweiterung der Selbstständigkeit der Provinzialverbände nahm mit großer Mehrheit in erster Lesung den Zentrumsantrag auf Errichtung einer besonderen preussischen Provinz Oberschlesien an, nachdem die Regierung durch den Minister keine hatte erklären lassen, daß sie grundsätzlich dem Antrag zustimme, wenn auch eine sofortige Durchführung nicht möglich sei.

Die Neugliederung des Heerwesens. Die gesamte deutsche Heermacht wird, wie die „Vossische Zeitung“

meldet, vom 1. Oktober an dem Reichswehrminister unterstellt sein. Ueber die Einzelheiten der Neugliederung des Heerwesens hört das Blatt folgendes: Dem Reichswehrministerium unmittelbar unterstellt werden in Zukunft folgende Ämter sein: 1. Das Heeresamt für die gesamte Landmacht, dessen Chef der bisherige preussische Kriegsminister Oberst Reinhardt sein wird. 2. Das Flottenamt, dem die gesamte Seemacht unterstellt ist. Chef des Flottenamts wird Admiral von Trotha bleiben. Eine unmittelbare Unterabteilung des Reichswehrministeriums wird außerdem die Adjutantur, die an Stelle des bisherigen Stabes des Reichswehrministers tritt, und unter der Leitung des Majors v. Gilsa bleibt. Ferner wird die Schaffung einer besonderen Stelle für soziale Fürsorge unter den Truppen erwogen, die sich mit Arbeitsvermittlung, Bildungsweisen usw. befassen soll. Das Heeresamt wird in folgende Stellen gruppiert: Das Truppenamt, das Quartiermeisteramt, das Wassenamt, das Sanitätsamt und die Generalinspektion des Ergänzungswesens. Die Reichswehrgruppenkommandanten werden nicht dem Heeresamt, sondern unmittelbar dem Reichswehrminister unterstellt sein.

Der Ausschuss für die Selbstständigkeit der Provinziallandtage nahm in erster Lesung den Entwurf des Gesetzes über die erweiterte Zuständigkeit der Provinziallandtage an. Die neu zu errichtenden Beiräte würden auf die Oberpräsidenten, die Regierungs- und Polizeipräsidenten beschränkt. Die Aussprache führte zu einer erfreulichen Rundgebung für den Einheitsstaat. Ministerpräsident Hirsch erklärte, daß der Gesetzentwurf einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat darstelle. Das Mitglied der Deutschen Volkspartei Oberpräsident v. Richter vertiefte diesen Gedanken, indem er ausführte, daß das unbedingt erforderliche Ziel der Reichseinheit auf der andern Seite eine größere Selbstständigkeit der Provinziallandtage bedingt.

Saatensstand in Preußen. Nach dem in der Statistik. Nach veröffentlichten preussischen Saatenstandsbericht vom Anfang September dieses Jahres ist die Ernte fast überall gut fortgeschritten, obwohl die Entwicklung sämtlicher Fruchtarten wegen des durchweg zu kühlen Sommers um 2 bis 3 Wochen gegen frühere Jahre zurück war. Das Wintergetreide und die Gerste ist mit geringen Ausnahmen bereits eingebracht, die Ernte der übrigen Körnerfrüchte überall im Gange, stellenweise sogar schon beendet. Im größten Teile Preußens sind alle geernteten Früchte infolge des günstigen Wetters in gutem Zustande eingeschleut worden. Ueberall konnten die Körnerfrüchte infolge der kühlen Witterung gut ausreifen: es wird jedoch vermutet, daß infolge der geringen Sonnenscheindauer das Getreide im Gewicht nicht befriedigen wird. Die Druschergebnisse befriedigen. Klagen treten nur vereinzelt auf. Wegen der sonstigen dringenden Erntearbeiten sowie wegen Mangels an Arbeitskräften und Kohlen wurde bisher nur wenig ausgedroschen. Weizen ist in vielen Bezirken mit Steinbrand befallen, oft bis zu 50 Prozent. In der Beurteilung des Ernteaussfalls weichen die Ansichten der Berichtsfasser in hohem Maße voneinander ab. Im ganzen genommen sind die Angaben jedoch erfreulich. Etwa Mitte September glaubt man die gesamte Ernte, außer Darrfrüchten, beendet zu haben, wenn die Witterungsgunst weiter anhält. Die aus 3360 eingegangenen Berichtskarten gewonnenen Staatsdurchschnitte des Standes der noch nicht geernteten Früchte haben sich gegen den Vormonat fast sämtl. bis zu 0,4 Einheiten verschlechtert, nur bei Hafer und Alee sind sie unverändert geblieben. Besonders die Bezirke Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Paderborn, Hildesheim, Wiesbaden, Koblenz und Trier sind während des ganzen Sommers von der Ungunst des Wetters verfolgt worden.

Kommunales.

Die Sozialdemokratische Niederlage in Braunschweig. Bei den in einer Reihe von größeren Braunschweiger Landgemeinden abgehaltenen Magistratswahlen ist ein starker Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. Die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten sind, von

einigen kleinen Teilerfolgen abgesehen, den bürgerlichen Parteien allgemein unterlegen.

Italien.

Revolutionäre Verschwörung in Mailand. Aus der „Stampa“ erfährt man jetzt von revolutionären Verschwörungen in Mailand, über die die Mailänder Regierung geschwiegen hat. Nach dem Turiner Blatt ist die Verschwörung des Anarchisten Philippini in Mailand mit genauen Einzelheiten einer regierungsfremden Zeitung bekannt geworden. Es sollten an mehreren Stellen gleichzeitig Bomben zur Explosion gebracht werden, im Rathaus, an fast allen Palästen, Fabriken und der Industriellen. Im Mittelpunkt stand jedoch die Luft geprengt und alle umliegenden Gebäude zerstört werden, damit Mailand völlig in Asche würde. In der Stadt selbst wollte man einen Panik hervorrufen, indem man in der Galerie zur Explosion brachte. Aus unbekannten Gründen aber Philippini auf eigene Faust vor und brachte in der Galerie eine Bombe zur Explosion. Das Komplott der Anarchisten kam nicht zur Ausführung.

Krawalle in Siegen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 18. d. M. über den Magistratsantrag, Waffen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung zu beschaffen, abgelehnt worden. Die öffentlichen Abgeordneten hatten schon in der öffentlichen Sitzung bei diesem Punkte dem Magistrat den Saal verlassen. In der Sitzung am Dienstag, 19. d. M., wurde zu einer Massenkundgebung vor dem Rathaus berufen und durch eine in der Sitzungssaal gehaltenen Versammlung erreicht, daß der betreffende Punkt in der öffentlichen Sitzung beraten wurde. Sie stellten ein Matrum von 20 Minuten. Während der Versammlung demonstrierten in den Saal. Trotzdem kam die Abstimmungsergebnis, bei dem sich 24 Stimmen dagegen, bei einer Stimmenthaltung ausprobiert auf wurden, wurde die Kasse laut: „Maus mit der bürgermeister!“ Immer mehr Demonstranten kamen auf in den Saal, wo sie die Stadtverordneten nicht schließend wurde ein Antrag eingebracht, den der Beschluß wieder zurückzunehmen. Die Menge, die unabhängig Stadtverordneten verloren hatten, entschloß sich schließlich, den Saal zu verlassen, damit ein neuer Beschluß gefaßt werden konnte. Die Entscheidung wurde mit 24 gegen 8 Stimmen Stimmenthaltungen dann wieder zurückgezogen. Große feierte dann ein unabhängiger Stadtverordneter Ergebnis als einen Sieg der Arbeiterchaft über die bürgerlichen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Ermordung der Geiseln in der Mord-Schreckenszeit beschäftigt seit einiger Zeit die hiesige Schörrichter. Die Grundlage der Verurteilung der rücksichtslosen Erschießung der Geiseln auf freies, die die Kommunisten festgenommen hatten, vor einer Gegenrevolution zu schützen. Die Verhandlungen haben einen erschreckenden Tiefpunkt menschlichen Gefühls bei diesen Volksbegleitern erreicht. Der Staatsanwalt beantragte nach längeren Verhandlungen folgende Urteile: Die Todesstrafe für Angeklagten Fritz Seidl, Johann Wöhl, Schickel, Josef Seidl, Hefemann, Vermer, Pürzel, Fehmel, Mietmeier, 15 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Wöhl, zehn Jahre Zuchthaus gegen die Angeklagten Wöhl, Huber und Schmittle und Freispruch für Angeklagten Petermaier.

Marianne.

Novelle von Fritz Ganser.

Nachdruck verboten

Als die niedrige Statuentür in den Angeln knarrte, wandte er sich um und ging dem Ankommenden entgegen.

„Servus, Herr Sekretär!“ rief er heiter. „Die Male hat's also nicht vergessen?“

„Was vergaß sie überhaupt, Herr Pastor, dieses Muster in Gewissenhaftigkeit!“ entgegnete Jensen nach seinem Gutenabendsgrüße.

„Sie hat's von Ihnen, guter Freund,“ sagte Pastor Martin Jakobsen, leise lächelnd. „Wie der Herr, so's Geschick!“

„Ein Beamter muß gewissenhaft und pünktlich sein, einer ohne diese Eigenschaften ist ein Unding,“ wehrte der Sekretär das Lob ab.

„Aber es gibt doch solche.“

„Seider, Herr Pastor. Aber das sind noch nicht die Ärgsten. Es gibt Menschen, die bei weitem schlimmer sind, als gewissenlose Beamte.“

Pastor Jakobsen verstand den dunklen Sinn der letzten Worte nicht. Er tat auch keine Frage, um ihn zu ergründen, sondern schritt, seinem Gaste vorausgehend, dem Hause zu.

„Meine Mutter ist zur Frau Bürgermeisterin, um einen kleinen Dämmerstrahl zu halten,“ sagte er und wandte sich, schon auf der Treppe aus einfachen Backsteinen stehend, nach dem Sekretär um. „Warten Sie einen Augenblick, ich will erst die Lampe anzünden!“

Er ging in sein rechts vom Flur liegendes Studierzimmer und klapperte eine Weile lachend zwischen allerlei Gegenständen umher.

„Sie finden wohl keine Streichhölzer?“ wollte Jensen schon rufen, der das Nickelbüchsen mit den Zündhölzern stets in der rechten Westentasche trug und bereits nervös von einem Bein auf das andere trat, als endlich ein Lichtschein auf den dunklen Flur fiel.

„So, nun bitte, Herr Sekretär!“ rief Pastor Jakobsen.

Er stellte die grünbeschnittene, hochfüßige Lampe auf den runden Mahagonitisch, der vor dem hartgepolsterten Ledersofa stand, schob die Bücher und Zeitungen zur Seite und nötigte Jensen auf das Sofa.

„Wollen wir gleich?“ fragte er, nachdem er das Schachbrett vom Bücherpind herabgenommen hatte und mit dem Aufstellen der Figuren begann.

Jensen saß ganz anders, als das Spiel vorgetragenen Gedanken nachzuhängen. Er schaute mit fest zusammengepressten Lippen in das gedämpfte Licht der Lampe und überhörte die Frage des Pastors.

Das kannte der nicht an seinem alten Freunde, und darum erregte es seine Verwunderung.

Als er seine Frage nach einer Weile wiederholte, fuhr Jensen aus seinem Grübeln auf und gab zerstreut seine Zustimmung.

Nach einer knappen Viertelstunde hatte Jakobsen seinen Gegner schon matt gesetzt. Und dieser Umstand gab ihm noch weit mehr zu denken, als es die Richtigantwortung seiner ersten Frage getan hatte. Sonst saßen sie Stunden über einer Partie, und meistens ging Jensen aus dem stillen, selten von einer Bemerkung unterbrochenen Kampf als Sieger hervor, da er ein feiner, berechnender Spieler war und fast keine Fehler machte.

Und heute bereits nach einer kleinen Viertelstunde elend geschlagen? —

Als sie die Figuren zu einer zweiten Partie aufbauten, murmelte Jensen etwas von „dummer Geschichte“ und „Kopfschmerz“, gab sich im Anfang augenscheinlich mehr Mühe, um die Niederlage auszuweichen, schob aber dann das Schachbrett plötzlich scharf zurück, so daß die Figuren durcheinanderfielen, und sagte:

„Wir wollen aufhören, Herr Pastor, es geht heute nicht! Ich muß Ihnen erst etwas erzählen, das mich drückt und, wenn's heute nicht mehr von der Leber runter kommt, mich keinen Schlaf finden läßt.“

Er machte eine kurze Pause und fuhr dann fort:

„Ich habe nämlich heute einen Brief erhalten.“

„So?“ sagte der Pastor nur und sah Jensen in das Gesicht.

„Ja, einen Brief, in dem man von mir etwas Unmögliches verlangt.“

„Und das wäre?“

„Wenn Sie mich verstehen wollen, muß ich weit aus-

holen. Darf ich erzählen?“

Pastor Jakobsen nickte nur und lehnte sich erwartungsvoll in seinen Korbstuhl zurück, ein paar mächtige Rauchwolken aus seiner langen Pfeife blasend, die in phantastischen Gebilden um die Lampe schwebten.

Der Sekretär sah den blaугrauen Schachbrett nach und begann zu sprechen.

„Wie Sie sich erinnern werden, erzählte ich vor einem halben Jahre, daß der Gatte meiner Schwester unerwartet gestorben sei. Er war ein hauer von bedeutendem Ruf und hatte glänzend möchte sagen fürstliche Einnahmen. Ich fuhr bei seiner Beerdigung nach Berlin und war überrascht von der prachtvollen Einrichtung der Zimmer, der Pomp, den man bei dem Begräbnis entfaltet, mit der Ueberzeugung ab, daß seine Gattin in den glänzenden Verhältnissen weiterleben könne.“

Weshalb sollte ich davon nicht überzeugt sein? Wenn man eine vornehme Villa in den Westend-Bezirk ganz allein bewohnt, alle Jahre Reisen nach Italien oder sonst wohin unternimmt, man doch vermögend sein!

„Sie wissen, daß ich mit meiner Schwester einmal in brieflichem Verkehr stand. Was mich hieß, wissen Sie nicht. Aber ich will es Ihnen sagen. Mein Schwager Gersenius war ein Gottesverächter und Spötter. Bald machte die Schwester die Grundzüge des Gatten zu den ich das einzige dieser Ehe entsprossene Kind, eine die Marianne heißt, wurde natürlich in den Händen der Eltern erzogen. Trotz der Blutsbande, die diese Familie verknüpfen, war es mir infolge dieser Tatsache nicht möglich, mit ihr in Verbindung zu treten, denn ich stehe auf dem Boden des Christentums. Zeit nach der Verheiratung meiner Schwester Beziehungen. Und wenn mich nicht die Gewalt der gezwungenen hätte, wäre ich auch dem Begräbnis Spotters ferngeblieben.“

„Run kloppt der Tod“, fuhr der Sekretär neuem an und forderte die gottfremde Schwester vor den Richterstuhl des Ewigen rechten.“

Jensen schwieg. Er blickte sehr ernst und trübte blante Platte des Mahagonitisches und seufzte.

Fortsetzung folgt.

Land- und Forstwirtschaft.

Die Jagd in den Staatsforsten. Ueber die Jagd in den preussischen Staatsforsten hat der Landwirtschaftsminister neue Anordnungen getroffen, die am 1. Oktober in Kraft treten. Die Regelungen sind ermächtigend, auch in Zukunft die Jagd auf Anschließflächen selbständig anzupacken, wenn die Ausgaben für Pacht und Wildschadenersatz bestimmt jenes Maß nicht übersteigen oder der Oberförster bereit ist, den Mehrbetrag zu decken. Die Preise für Geweihe und Geheine sind neu festgesetzt. Sie betragen 3 M. beim Elch für Spießer 10 M., beim Rotwild 120 M., für Hirsch 200 M., für Rehwild 30 M., für Fasan 5 M., für Auer 10 M., Auer 20 M., Ganssperber 20 M., Kronenreiter 70 M., beim Rehwild bringt der Spießer 2 M., der Gabelbock 4 M. und.

Neues aus aller Welt.

Berzweiflungstat. Der frühere Kommandeur des 1. Inf.-Regt. Nr. 77, Generalmajor Classen machte seinem Leben freiwillig ein Ende, da er die Schmach seines Vaterlandes nicht ertragen konnte.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Nachforschung nach Vermissten. Alle Anfragen über Vermisste Angehörige der Schwarze-Meer-Truppen, der Truppen in der Türkei und Ukraine sind in Zukunft unmittelbar an das Zentralnachforschungsbureau, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, zu richten.

Niederlahnstein, 16. Sept. Der achtzigjährige Altkriegsheim bei Niederlahnstein wird in Zukunft neues Leben um sich ziehen sehen. Die Patres Oblaten haben die Wallfahrtskirche und das daneben stehende Wohnhaus erworben und werden Anfang Oktober dort eine Niederlassung gründen. Gedacht ist dieselbe als Station für einige deutsche Volksmissionäre. Außerdem wird sie wahrheitsgemäß einzelnen Auslandsmissionaren Obdach gewähren müssen. Durch die unstillen Folgen des Krieges wurden die blühenden Missionen, welche die genannten Patres in allen Erdteilen besaßen, schwer getroffen. Viele ihrer Heidenmissionare sind genötigt, in ihr deutsches Vaterland zurückzukehren. Die Stadt Niederlahnstein gewährt auch ihnen gastliche Aufnahme auf dem Altkriegsheim. Die Oblaten werden sich dafür dadurch dankbar erweisen, daß sie die Häuser der alten Wallfahrtsstätte sein, in den Pfarren der Nachbarschaft Volksmissionen und Exerziten halten und sonstige Auskünfte in der Seelsorge leisten wollen.

Montabaur, 17. Sept. Auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsbehörden haben in allen Orten der Kreise Montabaur und Westerburg, wo gegenwärtig Streiks im Gange sind, alle Wirtschaften um 9 Uhr abends Polizeitunde. Diese Anordnung bezieht sich auf alle Gemeinden, in denen streikende Arbeiter wohnen.

Niedeln, 17. Sept. Eine Mäuseplage, wie sie lange Zeit nicht mehr zu verzeichnen war, macht sich in unserer Gemarkung an allen Früchten bemerkbar. Die Gemeinde hat schon veranlaßt, die Mäuse mit dem nötigen Gift zu vertilgen, andernfalls die Ernte für nächstes Jahr gefährdet ist.

Niedeln, 17. Sept. Ein großer Preissturz für Äpfel ist jetzt eingetreten. Während bis jetzt schöne, gepflückte Äpfel 60 M. der Zentner kosteten, werden von den hiesigen Obstbäumern für gepflückte Äpfel nur noch 30 M. und für Halbpfeile 25 M. für den Zentner bezahlt.

Wiesbaden, 17. Sept. Eine erhebende Gedächtnisfeier zur Erinnerung an den verstorbenen Führer der deutschen demokratischen Partei Friedrich Raumann, die sich des Besuchs weiterer Kreise der Bevölkerung zu erfreuen hatte, veranstaltete am vergangenen Sonntag der Wahlverein Wiesbaden der Deutschen demokratischen Partei im Festsaal der Turngesellschaft Wiesbaden. Abgeordneter Professor Rade-Marsburg, ein Schwager des Verstorbenen, gab in schlichten, zu Herzen gehenden Worten einen Überblick des Werdeganges des großen Mannes, der in sich eine solche Fülle hervorragender Eigenschaften als Mensch, als Sozialpolitiker und als Parteiführer vereinigt habe, daß sein Tod für weiteste Kreise, vor allem für die Deutsche demokratische Partei einen überaus schweren Verlust bedeute. Pfarrer Philipp Wiesbaden sprach in herzgewinnenden Worten über die Begeisterung, die Raumann als Theologe in seinen jungen Amtsbrüdern erweckt habe, sprach von den vielen jungen Theologen, auf deren Werdegang der Berewigte den größten Einfluß gewonnen habe. Eingeleitet und geschlossen wurde die feierliche Feier, die Raumann's Lebenswahrheit, von der kühnsten Liebhabern entworfen, inmitten eines Vorbeerkommens zeigte, durch künstlerische Gesang-, Cello- und Harmoniumbegleitung.

Wiesbaden, 17. Sept. Nach neuerlichen Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der Stadt Wiesbaden dürfte die Frage des Rasanischen Landestheaters wieder in Erwägung entgegengestellt. Die Regierung hat sich nunmehr zur Übernahme des Theaters bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihren jetzt 300 000 Mark betragenden Zuschuß nicht unwesentlich erhöht. Die Stadt ist hierzu nicht bereit, da die weitere künstlerische Ausgestaltung der ebengedachten Hofbühne und ihre Erhaltung für das Wiesbadener Publikum nicht ohne Einfluß sind. Nach der endgültigen Übernahme der früheren königlichen Schauspielerei wird die Bühne abermals ihren Namen wechseln und in Zukunft die Bezeichnung „Königliche Schauspielerei Wiesbaden“ führen. — Das Kreis-Ausschüsse vom Roten Kreuz, Wiesbaden-Stadt, hat dem Vaterländischen Frauenverein, Wiesbaden, zur Gründung eines Gesundheitsheims für Kriegsbeschädigte 300 000 M. bewilligt. Für die Einrichtung eines solchen Gesundheitsheims kommt gemäß einer Vereinbarung mit der Gesellschaft für Auswärtige Krankenpflege das von dieser Gesellschaft gekaufte Hotel „Albiner Hof“ in Wiesbaden in Frage. Dem Vaterländischen Frauenverein werden für seine Zwecke dort ständig 20 Freibetten zur Verfügung gestellt.

Frankfurt a. M., 17. Sept. Die Zahl der Anmeldungen zum ersten Frankfurter internationalen Einfuhr-Wettbewerb vom 1. bis 15. Oktober ist bereits auf über 1500 angewachsen. Dabei sind kollektive Ausstellungen nur mit einer Kammer in die Ziffer eingerechnet; in Wirklichkeit ist also die Gesamtzahl wesentlich höher.

Zur Anschaffung des Viehhandelsverbandes im Unterlahnkreis

teilt das Landratsamt in Diez mit: Die Notiz in Nr. 211 der Enfter Zeitung über Anschaffung des Viehhandelsverbandes im Unterlahnkreis bedarf nachstehender Richtigstellung: Es handelt sich um eine in Vorbereitung begriffene schließliche Ubergangswirtschaft in der Fleischversorgung, die eine Annäherung an die früheren Verhältnisse zur Aufgabe hat, wie z. B. Wiedereinführung des direkten Handelsverkehrs zwischen Metzger und Viehhalter. Es besteht bei dem Kreis-Ausschuß kein Zweifel darüber, daß

eine Freilassung des Schlachtviehhandels oder gar eine Rückkehr zur freien Wirtschaft zur Zeit gar nicht verantwortet werden kann. Die geplante Ubergangswirtschaft geht bei voller Gewährleistung der bisherigen Versorgung und Beibehaltung der Nationierung in erster Linie auf eine Erleichterung im Geschäftsverkehr zwischen Erzeuger und Produzent und auf eine Befestigung der verteuerten Zwischenhandlung hinaus.

Aus Diez und Umgegend.

Die Stadtkasse ist am Freitag, den 19. September geschlossen.

Limburg, 17. Sept. Die Wahl des Herrn Dr. jur. Max Krümmen in Münster in Westfalen zum Bürgermeister von Limburg ist von der Staatsregierung bestätigt worden. Er soll am Donnerstag dieser Woche in sein Amt eingeführt werden. Es wird dabei die Mitwirkung des Regierungspräsidenten in Kassel, Graf v. Bernstorff erwartet. — Beim Schuss in wurde ein gewisser Baigand von dem Posten an dem Postprüfungsgebäude erschossen. Würgte den Posten zurück und nahm eine so bedrohliche Haltung ein, daß der Soldat seine Waffe entrichtete. Als B. nun nach dem Laufe greifen wollte ging der Schuß los und dem B. durch das Herz. Bei B. fand man 2 Wille Zigaretten und eine Hofe und eine größere Geldsumme.

Aus Nassau und Umgegend.

Sängerfest. Der Besuch des „Früchter gemischten Chores“ wurde zu einem frohen Sängerfest, zu dem sich auch der hiesige Kirchenchor eingefunden hatte. Beide Chöre vereinigten sich in gemeinsamen Liedern. Außerdem boten vier Mitglieder des Früchter Vereins und zwei des Nassauer Vereins Soli. Natürlich endete das Fest in einem gemächlichen Tanzkränzchen. Mit Dank und Freude über das frohe Zusammensein mit den Sangesbrüdern schieden die Gäste wieder von Nassau.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Die Stadtverordneten-Wahlen werden voraussichtlich am Sonntag, den 19. kommenden Monats in unserer Stadt stattfinden.

Künstlerische Tänze von Adrienne-Ursula Hader. Am Samstag kommt Adrienne-Ursula Hader nach Ems, um im Kurpark ihre Tanzkunst zu zeigen. Es wird uns dazu geschrieben: Tanzabende sind Modische geworden; jede Mode fällt leicht den Uebertreibungen und Auswüchsen anheim. Diese vorwiegend auszusprechen, dem Publikum Unterhaltung und Anregung durch Ausdeutung einer neuen Kunstform zu spenden, ohne die Kunst selbst zu verlieren, ist die Aufgabe, die Adrienne-Ursula Hader zu lösen bestrebt ist. Für sie ist der Auf- und Abstieg durch das Kostüm, so sehr auch hier der Erfüllung ästhetischer Forderungen durch Heranziehung erster Kunstgewerbetler nachgegangen wurde, niemals Selbstzweck. Das Kostüm soll in Formgestaltung und Farbenspiel nur den jeweiligen Tanz charakterisieren. Die endgültige Veredelung der Kunst gibt bei Adrienne-Ursula Hader der in Helleranischer Schule erzogene Körper. Gänzlich losgelöst von allen Hemmnissen erscheint er in der bisher noch nicht geübten Tanzart: den plastischen Tanz! Hier kann der freigelebte Körper der Unterstellung der Kunst entgegen und verdrängt, auf den anergogenen Ausdrucksmöglichkeiten aufbauend, eine Folge von Bewegungen zum figürlichen Gebilde. Die rheinische Presse, durch Hannelore Biegler und Silvia Herzog veredelt, hat die Abende der jungen Künstlerin lebhafte mit ausgezeichneten Besprechungen gelohnt.

Vaterländischer Frauen-Verein.

Was der V. F. V. im Kriege geleistet hat, wird — bei aller berechtigten Kritik — von allen Verständigen anerkannt, aber ob er jetzt noch Berechtigung habe, bezweifeln viele. Sein „eigentlicher“ Zweck, die Verwundetenfürsorge für den Kriegsfall vorzubereiten, ist ja hinfällig geworden. Daß er sich in Verbindung mit seinem „großen Bruder“, dem Roten Kreuz, der Fürsorge für die heimkehrenden Gefangenen annimmt, wird ihm ja manche gewinnen, die ihm bisher kalt gegenüber standen. Aber wenn sie alle heimgekehrt sind, soll er sich dann nicht flüchtig auflösen?

Der Verein hat in Friedenszeiten, als der Krieg noch in weiterster Ferne lag, angefangen, soziale Arbeit in großem Umfang und mit bestem Erfolg aufzunehmen. Das soll und wird er auch fernerhin tun und wird dadurch nicht nur seine Lebensfähigkeit, sondern die Notwendigkeit seines Daseins beweisen. Wir erinnern nur, um bei Ems zu bleiben, an die Schulkasse, die sich so großen Zuspruchs erfreuten, und an die „weiße Wäsche“. Damals im Juli v. Js. wurden 5 Zentner Wäsche gesammelt, von Mitgliedern des Vereins zugeschnitten und von den Schulmädchen der Oberklassen zu Windeln und ähnlichen nützlichen Kinderachen verarbeitet, die bei der Wundtenfürsorge treffliche Dienste leisten. Wir erinnern ferner an die Mütterberatungsstunden und an die Verabreichung von Solbädern, die in Verbindung mit bürgerlichen Einrichtungen und unter Ausnutzung städtischer Stiftungsgelder (Vogelersche Stiftung) von dem V. F. V. in die Wege geleitet wurden.

Die Mütterberatungsstunden werden alle 14 Tage abgehalten. Jedes zweite Mal ist Dr. Arnold anwesend, um ärztlichen Rat den Müttern zur Verfügung zu stellen. Vierschneide und Sonderzulagen werden dabei ausgegeben. Der gute Gesundheitszustand unserer Kleinen und die sehr geringe Kindersterblichkeit unserer Stadt sind sicher zum Teil auf diese wohltätige Einrichtung zurückzuführen.

Die Solbäder wurden diesen Sommer insgesamt 101 Kindern in 3 zeitlich aufeinanderfolgenden Abteilungen verabreicht. Jedes Kind erhielt 12 Bäder in 6 Wochen, nach jedem Bad Brei und Brötchen und außerdem täglich (im Marien-Frankenhaus) 1 Schoppen Milch. Gewichtszunahmen von 7 bis 8 Pfund wurden erzielt. Bei vielen Kindern, besonders rhachitischen, waren die Erfolge von einer Woche zur anderen zu sehen; einzelne z. B. die trotz ihrer vier und mehr Jahre keinen Schritt gehen konnten, lernten es binnen 3 bis 4 Wochen. Beratender Arzt war hierfür San.-Rat Dr. Müller.

Es ist nur zu bedauern, daß es nicht ermöglicht werden konnte, auch für solche Kinder die Bäder einzurichten, deren Eltern bereit gewesen wären, einen bestimmten Betrag zu zahlen, aber nicht in der Lage sind, ihre Kinder nach Kreuznach oder nach Soden zu schicken. Also nicht auflösen soll sich der V. F. V., sondern wieder weiter wirken: neue Aufgaben zu den alten werden sich finden und neue Freunde.

Kennenan. Bei dem am Sonntag in Altdiez abgehaltenen Sportfest erzielte die hiesige Turn- und Spielvereinigung folgende recht gute Resultate: Dreikampf: 1. Preis Gustav Auch, 2. Preis Peter Auch, 3. Preis Gustav Auch. 100 Meter-Lauf: 1. Preis Peter Auch, 2. Preis Gustav Auch. 1500 Meter-Lauf: 1. Preis Christian Brahm, Schweden-Stafette: 1. Preis Christian Brahm, Wilhelm Jodel, Gustav Auch, Peter Auch.

Wenn man bedenkt, daß jeder Sieg bei großer Konkurrenz mit großer Ueberlegenheit gewonnen wurde, so kann man mit den Leistungen des noch jungen Vereins sehr zufrieden sein. Bei der Jahresversammlung am gestrigen Mittwoch wurden die Preise zur Befestigung ausgestellt.

Das Amtl. Kreisblatt fällt heute aus.

Bekanntmachung.

Die Stadtkasse bleibt am Freitag den 19. September geschlossen.

Diez, den 16. September 1919.

Die Stadtkasse.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chalras, Major.

Mit Genehmigung der franz. Militärbehörde.

Sozialdemokratische Partei im Unterlahnkreis.

Grosse öffentliche

Versammlungen

finden statt am

Samstag, abends 8 Uhr in Gückingen
im Saale des Herrn Schwenk.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr in Dausenau
im Saale der Stadt Frankfurt.

Sonntag, abends 8 Uhr in Holzappel
im Saale des Herrn Knoll.

Montag, abends 8 1/2 Uhr in Helstenbach
bei Herrn Wilhelm Rensch.

Redner: Obersekretär Kaiser aus Frankfurt a. M.

Tagesordnung:

Die kommenden Gemeindewahlen.

Freie Diskussion.

Um Massenbesuch besonders der Frau bittet

der Vorstand.
Chr. Schäfer.

Wald-Café Lindenbach, bei Bad Ems.

Heute, Donnerstag,

sowie Freitag, Samstag und Sonntag,
ab nachmittags 4 Uhr

Großes Konzert

der Förg'schen Sängers- und Tänzergesellschaft aus Tirol.

ab 8 Uhr abends

Gemütliche Abendunterhaltung
und Tanz

Tanz-Unterricht!

Zur geell. Kenntnis, das der Kursus am

Donnerstag, den 25. September,
abends 7 1/2 Uhr

im Hotel „Zum Weissen Ross“, beginnt.

Damen und Herren, welche gesonnen sind, am Unterricht teil zu nehmen, lade ich freundlichst dazu ein.

Ich bin persönlich zu sprechen am **Freitag, den 19. September**, vormittags von 11—12 Uhr u. nachmittags von 2—4 Uhr im obigen Hotel

Einzeichnungsliste liegt dortselbst auf.

Anton Deller,

Lehrer der modernen Tanzschule.

Leiter der hiesigen Tanzabende im Kursaal.

Für Wiederverkäufer

Tabak (Mittelschnitt)

garantiert reine Ware, jedes Quantum lieferbar. Kein Musterversand. Muster können am Lager eingesehen werden.

A. Straub, Diez, Freidiez.

Gallensteine

werden schmerz- und gefahrlos durch unser „Beugamit“ beseitigt.

Prospekt Nr. 72 mit vielen Dankschreiben gratis.
Beumers & Co., Köln, Salierring 55.

